

**Direktkandidaten bei der Bundestagswahl 2002:
Politische Agenda und Links-Rechts-Selbsteinstufung
im Vergleich zu den Wählern**

Hermann Schmitt/Andreas M. Wüst¹

603 Abgeordnete des 15. Deutschen Bundestages sind am 22. September 2002 gewählt worden, eine Hälfte in Einerwahlkreisen, die andere nach Länderlisten. Ihre verfassungsmäßige Aufgabe ist es, das deutsche Volk zu vertreten; dabei sind sie „... an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ (Art. 38 Abs. 1 GG). Normativ lehnt sich das Grundgesetz damit einem zuerst von Burke formulierten Verständnis an, wonach die Abgeordneten nicht unbedingt das tun sollen, was die Wähler wollen, sondern das, was in deren ‚wohlverstandenen‘ Interesse ist.² Diese auftragsfreie Repräsentation (Hesselberger 2001: 236f.) steht in einem Spannungsverhältnis mit den Interessen der Parteien, die nach Art. 21 Abs. 1 desselben Grundgesetzes „bei der politischen Willensbildung des Volkes mit [wirken].“ Die Abgeordneten sehen sich mithin widersprüchlichen Erwartungen konfrontiert, was Weißels (1991: 327) als die „Doppelrolle des Abgeordneten“ beschrieben hat. Aber so leicht wird es den Abgeordneten nicht gemacht: es ist mehr als eine Doppelrolle, auf die sie sich eingelassen haben. Je nach dem Blickwinkel des Betrachters sollen sie ihre Wähler im Wahlkreis, ihren Wahlkreis insgesamt, ihre Partei und deren Wähler oder gar das ganze deutsche Volk vertreten.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 geriet das, was von den Abgeordneten im politischen Tagesgeschäft erwartet wird, etwas ins Hintertreffen. Dies hat mit der starken Konzentration der Wahlkampfführung auf die Spitzenkandidaten zu tun und, davon nicht ganz unabhängig, mit den zumindest in den Medien alles überragenden Themen „Flut“ und „Irak“, die an anderen Stellen in diesem Band behandelt werden. Nach der Wahl traten jedoch bald die bereits bekannten Probleme wieder in den Vordergrund. Und nun waren (und sind nach wie vor) Abgeordnete, Parteien und Regierung gefordert, sich der Themen unter Berücksichtigung der Interessen und Präferenzen ihrer Wähler anzunehmen und sie einer Lösung zuzuführen.

¹ Die Autoren danken Anja Hoffmann und Kim Jucknat für ihre Unterstützung bei der Datenaufbereitung der Kandidatenumfrage, Christian Stumpf für seine Hilfe bei der Bestimmung der Sicherheit von Wahlkreisen, und der Forschungsgruppe Wahlen für die Bereitstellung der Blitz- und Politbarometerdaten.

² Edmund Burke (1774) hat in einer Dankesrede an seine Wähler in Bristol dargelegt, dass er als guter Abgeordneter nicht das zu tun gedenke, was die Wähler wollten, sondern vielmehr das, was nach seiner Übersicht in ihrem wohlverstandenen Interesse sei. Eulau und Wahlke (1978) haben daraus die Typen des *delegate* (tut, was die Wähler wollen) und des *trustee* (tut, was im Interesse der Wähler ist) geformt.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Qualität dieser Rückkoppelung. Qualitätskriterium ist dabei die relative Übereinstimmung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten bei politischen Sachfragen. Damit schließen wir uns der in der zeitgenössischen Repräsentationsforschung vorherrschenden populistischen Sichtweise des „representational bond“ an (Miller/Stokes 1963). Eine solche relative Übereinstimmung kann sich im Abgleich von politischen Agenden erweisen, aber auch im Vergleich von Positionen zu politischen Streitfragen. Politische Agenden bestehen in der Hauptsache aus Valenz-Issues, während Positions-Issues wirkliche politische Streitfragen bezeichnen.³ Aufgrund der zentralen Rolle, die politische Parteien im Repräsentationsprozess einnehmen, fokussieren wir unsere Analyse der Issue-Kongruenz auf Partei-Dyaden, d.h. auf die Übereinstimmung in den Problemwahrnehmungen und politischen Streitfragen zwischen den Wählern einer Partei und deren Kandidaten bzw. Abgeordneten. Dabei werden wir die Wähler nicht nur mit allen Kandidaten ihrer Partei vergleichen, sondern die Kandidaten zudem nach ihren Chancen vor der Wahl (sicherer Wahlkreis, sicherer Listenplatz, unsichere Kandidatur) und ihrem Nachwahlstatus (ob und wie sie ins Parlament gewählt wurden) unterscheiden.

Unsere Analysen stützen sich auf eine Umfrage unter den Wahlkreis-kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien, die zum überwiegenden Teil auch aussichtsreiche Listenkandidaten ihrer jeweiligen Partei gewesen sind.⁴ Für die den Vergleich mit den Wählern greifen wir auf Daten der Forschungsgruppe Wahlen zurück (Blitz-Umfrage in der Woche vor der Bundestagswahl und Politbarometer November 2002).

1. Was bestimmt die Qualität politischer Repräsentation?

Politische Repräsentation ist erfolgreich, wenn die politischen Entscheidungen von Gewählten mit den politischen Präferenzen ihrer Wähler übereinstimmen. Man nennt dies Issue-Kongruenz. Wie diese Kongruenz zustande kommt, ist nicht ganz klar. Die zentrale Vorstellung ist die, dass sich Wähler bei allgemeinen Wahlen diejenigen Repräsentanten aussuchen, die ihre politischen Problemwahrnehmungen teilen und ihre politischen Grundpositionen vertreten (vgl. z.B. Dahl 1989). In der Realität ist dies jedoch ein interaktiver Prozess, denn die Repräsentanten wirken auch auf ihre Wähler ein und versuchen, diese von ihrer Sicht der Dinge – von Problemwahrnehmungen und Lösungsvorschlägen – zu überzeugen. Pitkin (1967) unterscheidet deshalb zwischen Responsivität und politischer Führung als zwei konstitutiven Elementen politischer Repräsentation. Esaiasson und Holmberg

³ Vgl. zur Unterscheidung zwischen Valenz- und Positions-Issues zuerst Stokes (1966).

⁴ Die Daten werden beim Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung in Köln archiviert und können dort zum Zwecke der Sekundäranalyse bezogen werden.

(1996) heben die reale Bedeutung des Führungs-Aspektes hervor, wenn sie eingängig über *representation from above* schreiben.

Wir wenden uns in diesem Beitrag der Frage nach den Bedingungen erfolgreicher politischer Repräsentation zu. Dabei verfolgen wir zwei unterschiedliche Argumente. Das erste besagt, dass das Ergebnis des Repräsentationsprozesses u.a. von den Rollenorientierungen der Repräsentanten abhängt (Eulau/Wahlke 1978). Solche Rollenorientierungen werden danach unterschieden, wer (*focus*) und wie (*style*) repräsentiert werden soll. Während sich beim Repräsentationsstil die Vorstellung durchgesetzt hat, dass die offenbaren Präferenzen der Wähler zu repräsentieren sind, gibt es beim Repräsentationsfokus zumindest zwei Dimensionen: lokal vs. national und eigene Wähler vs. alle Wähler. Da diese Dimensionen unabhängig voneinander sind, ergibt sich ein heuristisches Raster wie in der folgenden Vierfeldertafel dargestellt (Abbildung 1). Die Entwicklung von vor-modernen individuellen Repräsentationsformen hin zur modernen Massendemokratie parteidemokratischen Zuschnitts lässt sich als Weg vom dritten zum ersten Quadranten darstellen (Finer 1985).

Abbildung 1: Foki politischer Repräsentation

eigene Wähler im Wahlkreis (IV)	die Wähler der eigenen Partei (I)
alle Wähler im Wahlkreis (III)	das ganze Volk (II)

Dieser Weg spiegelt sich auch in den Arbeiten der modernen empirischen Repräsentationsforschung wider. Die Ann Arbor-Schule (von Miller/Stokes (1963) bis Converse/Pierce (1986)) suchte das *representational bond* zwischen den Wählern im Wahlkreis und ihrem bzw. ihrer Abgeordneten zu identifizieren. Europäische Stimmen (z.B. Thomassen 1991; 1994) – aber auch „Abtrünnige“ aus den eigenen Reihen wie Dalton (1985) – haben dem entgegen gehalten, dass in Parteiendemokratien das nationale Mandat bei

weitem schwerer wiegt als das lokale. Dies gelte umso mehr für Verhältniswahlsysteme (Barnes 1976). Die Qualität politischer Repräsentation bestimme sich hier nach der Übereinstimmung zwischen nationalen Parteielektoraten und den Fraktionen im nationalen Parlament. Dass dies das adäquatere Kriterium ist, hat sich in einer Vielzahl von empirischen Repräsentationsstudien bestätigt (vgl. z.B. Thomassen 1976, Holmberg 1974; vergleichend Dalton 1985, Miller et al. 1999, Schmitt 2001).

Der Hinweis auf das Wahlsystem deutet schon an, dass wir einen Zusammenhang erwarten zwischen dem individuellen Fokus politischer Repräsentation und der Art und Weise, wie Mann oder Frau ins Parlament gewählt wird. In den Niederlanden, wo in reiner Verhältniswahl Parteilisten zur Wahl stehen, sollte es weniger Nachdruck auf den lokalen Repräsentationsfokus geben als etwa in Großbritannien, wo die Unterhausabgeordneten in Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl bestimmt werden. In der Bundesrepublik erwarten wir einen ähnlichen Kontrast zwischen direkt gewählten Abgeordneten und solchen, die über Parteilisten gewählt wurden: Wahlkreisgewinner sollten die lokale Repräsentationsperspektive betonen, über eine Liste Gewählte die nationale.

Was bedeutet dies für die Qualität politischer Repräsentation? Ist ein lokaler Fokus „effektiver“ als ein nationaler? Repräsentieren direkt gewählte Abgeordnete die Wähler besser als Listenabgeordnete? Eine Antwort auf diese Fragen hängt ganz offensichtlich von der Definition der zu vergleichenden Dyaden ab. Da wir in nach der Verhältniswahl organisierten Parteiendemokratien wie der Bundesrepublik nationale Partei-Dyaden als die relevanten Vergleichsgrößen ansehen, sollte ein lokaler Repräsentationsfokus der Issue-Kongruenz abträglich sein. Wenn direkt gewählte Abgeordnete – wie wir dies erwarten – überdurchschnittlich häufig einen lokalen Repräsentationsfokus adoptieren, dann sollten sie die Politikpräferenzen der Wähler ihrer Partei insgesamt weniger gut repräsentieren als ihre über die Liste gewählten Kollegen. Nicht gewählte Kandidaten werden ebenfalls weniger repräsentativ erwartet, da zumindest eine Ursache für den ausgebliebenen Wahlerfolg – neben möglichen anderen – ihre mangelnde politische Übereinstimmung mit den Wählern sein kann.

Es gibt gute Gründe, diese Rollenorientierungen nicht unabhängig vom Nachwahlstatus der Direktkandidaten zu erwarten. Wenn wir beim Nachwahlstatus unterscheiden, ob die Abgeordneten ihren Wahlkreis gewonnen haben, über eine Landesliste in den Bundestag eingezogen sind oder nicht gewählt wurden, dann erwarten wir bei den direkt gewählten Abgeordneten eine stärkere lokale und bei den Listen-Abgeordneten eine stärkere nationale Orientierung. Da wir in Übereinstimmung mit der Theorie des nationalen Mandats (Finer 1985) die Issue-Orientierungen von nationalen Partei-Wählerschaften und den Abgeordneten der entsprechenden Parlamentsfraktionen vergleichen, sollte die nationale Orientierung der Listenabgeord-

neten eine größere Übereinstimmung von Wählern und Gewählten ergeben als die lokale Orientierung der Wahlkreisabgeordneten.

Wir wollen einen dritten Faktor berücksichtigen, der die Qualität politischer Repräsentation beeinflusst. Die Rede ist von den Wahlchancen, wie sie den Kandidaten im Anlauf auf die Wahl bekannt sind. Wahlchancen sind deshalb relevant für die Effektivität politischer Repräsentation, weil sie mit der Responsivität einen der beiden Grundmechanismen politischer Repräsentation tangieren. Frühere empirische Analysen der Bedingungen von Responsivität politischer Parteien in der Bundesrepublik haben gezeigt, dass Parteien und ihre Akteure sich dann responsiv verhalten, wenn sie es müssen (Schmitt 1987). Für Kandidaten in vermeintlich sicheren Wahlkreisen und auf erfolgversprechenden Listenplätzen sollten demzufolge die politischen Problemwahrnehmungen und Issue-Positionen der Bürger einen geringeren Stellenwert haben als für ihre Kollegen auf umkämpftem Terrain.

Abbildung 2: Der Zusammenhang zwischen Wahlchancen, Nachwahlstatus, Repräsentationsfokus und Issue-Kongruenz

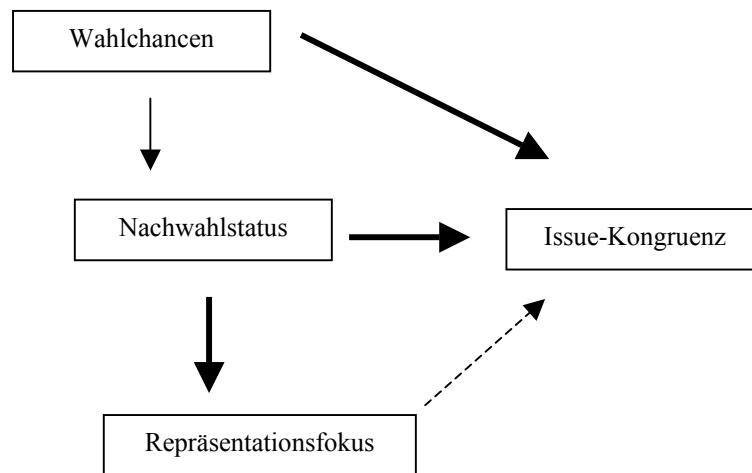


Abbildung 2 fasst den Analyseplan zusammen. Drei der fünf Zusammenhänge sind durch Fettdruck hervorgehoben, auf sie werden wir uns konzentrieren. Wir werden prüfen, ob unsichere Wahlchancen (Anreize für Responsivität bieten und damit) die Issue-Kongruenz verbessern. Wir werden untersuchen, inwieweit der Nachwahlstatus die Issue-Kongruenz beeinflusst. Und wir werden schließlich dem Zusammenhang zwischen Nachwahlstatus und Repräsentationsfokus nachgehen. Auf die Prüfung des Zusammenhangs zwischen Repräsentationsfokus und Issue-Kongruenz verzichten wir aufgrund

der insbesondere für die kleinen Parteien sehr schmalen Datenbasis. Eingangs werden wir zeigen, dass hohe Wahlchancen auch zum Wahlerfolg führen.

2. Datengrundlage und Operationalisierung

2.1 Deutsche Kandidatenstudie zur Bundestagswahl 2002

Von November 2002 bis März 2003 wurden 746 von insgesamt 1468 Direktkandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien (Auswahlgesamtheit) schriftlich befragt.⁵ Die Ausschöpfung betrug insgesamt 51 Prozent und variierte nach Parteizugehörigkeit zwischen 40% (CDU) und 59% (FDP). Von den gewählten Abgeordneten beteiligten sich 38% an der Befragung, nach Parteizugehörigkeit zwischen 35% (CSU) und 100% (PDS). Letztlich wurden nur etwas mehr Wahlkreisabgeordnete (53%) als Listenabgeordnete (47%) befragt – eine Verteilung, die aufgrund der Auswahlgesamtheit nicht überrascht, im Hinblick auf Rückschlüsse auf alle Abgeordneten jedoch erfreulich ist.

Im Hinblick auf das Fragenprogramm schließt die Deutsche Kandidatenstudie 2002 an Kandidatenbefragungen in den Niederlanden (2002) und Neuseeland (1999) an. Der Fragebogen wurde auf Grundlage der niederländischen Studie in Kooperation mit Holli Semetko und Jeffrey Karp (ASCoR, Universität Amsterdam) entwickelt und umfasst viele mit der niederländischen Umfrage identische Fragen. Die Grundanlage der Studie ist international-vergleichend, während die im Rahmen dieses Beitrags diskutierte Forschungsfrage vor allem originäre Fragen der deutschen Studie analysiert.

Gemäß der Unterscheidung zwischen Valenz- und Positions-Issues messen wir Issue-Kongruenz zweifach, als relative Übereinstimmung politischer Agenden von Wählern und Kandidaten, und als relative Übereinstimmung von ideologischen (und folglich Issue-) Positionen. Hinsichtlich der Kandidaten-Agenda wurde hintereinander gefragt:

⁵ Wir haben die Direktkandidaten der im Parlament vertretenen Parteien angeschrieben. Dies sind rund drei Viertel aller Direktkandidaten (1468 von 1944). 70 Prozent der von uns angeschriebenen Direktkandidaten waren zugleich auch Listenkandidaten, dies entspricht etwa 40 Prozent aller Listenkandidaten. Dem ursprünglichen Anschreiben vom 24. November 2002 folgte eine erste Erinnerung am 16. Dezember 2002, jeweils einschließlich nummeriertem Fragebogen und frankiertem Rückumschlag. Eine Erinnerungspostkarte wurde am 7. Februar 2003 versandt, die neben der Option, ein neues Exemplar des Fragebogens erhalten zu können auch einen Internet-Link zur pdf-Version des Fragebogens beinhaltete. Der Rücklauf betrug in der ersten Welle 28%, in der zweiten Welle über die Feiertage 19% und nach Versand der Postkarte weitere 4%. Obwohl eine systematische Rücklaufkontrolle nicht durchgeführt wurde, war offenbar der Anteil der Abgeordneten in der zweiten und dritten Welle höher als während der ersten drei Wochen der Befragung.

Was sind zur Zeit, Ihrer Meinung nach, die drei wichtigsten politischen Probleme, mit denen Deutschland konfrontiert ist?

[offene Frage, vorgesehener Platz für drei Problemnennungen]

Die Bundestagswahl liegt schon einige Wochen zurück. Wenn Sie an den Wahltag zurückdenken, was waren damals die drei zentralen politischen Probleme des Landes?

[offene Frage, wiederum drei Nennungen möglich]

Diese etwas ungewöhnliche Agenda-Erfassung erschien geboten, da die Deutsche Kandidatenstudie mit acht Wochen Abstand zur Wahl ins Feld ging und sich zudem über eine vergleichsweise lange Feldphase erstreckte. Es musste deshalb damit gerechnet werden, dass zum Befragungszeitpunkt andere Themen als zum Wahlzeitpunkt Bedeutung gewinnen bzw. die damals zentralen Themen Bedeutung verlieren konnten. Wir entschieden uns auf diesem Hintergrund, der aktuellen Agenda-Frage eine retrospektive nachzustellen und nahmen damit in Kauf, dass die Antworten auf die retrospektive Frage auf Seiten der Wahlverlierer auch der Rechtfertigung des „falschen“ Wahlergebnisses dienen könnte. Zwölf Befragte (1,9%) gaben keine Antwort auf die aktuelle, 19 keine auf die retrospektive Agenda-Frage (2,5%).

Die Verkodung der Nennungen auf diese beiden offenen Agenda-Fragen erfolgte am MZES auf der Grundlage eines Kodierschemas, das in Anlehnung an das Kodierschema der Agendafrage des CSES II-Moduls (Deutsche Nachwahlstudie 2002) und an das Kodierschema der Agendafrage im FGW-Blitz (Pre-Codes im Original-Fragebogen der Woche vor der Bundestagswahl 2002) entwickelt worden ist. Im Laufe der Verkodung wurde das Schema um zwölf zusätzliche (Eliten-)Kategorien (z.B. demographisches Defizit, Globalisierung, Wahlkampf) und einige Unterkategorien sowie die Sammelkategorie Soziale Sicherungssysteme ergänzt. Aufgrund des angestrebten Vergleichs mit den Wählerdaten analysieren wir im vorliegenden Beitrag nur jeweils die ersten beiden Nennungen. Von diesen konnten 92% bis 97% in die letztlich 35 Kategorien einsortiert werden.

Mit Blick auf positionale Aspekte der Issue-Kongruenz analysieren wir die Links-Rechts-Selbsteinstufung der Kandidaten. Diese wurde auf einer 11-Punkte-Skala abgefragt (vgl. zum FGW-Standard: Wüst 1998: 43f.). Lediglich zehn Befragte (1,3%) machten hierzu keine Angaben.

Den individuellen Repräsentationsfokus haben wir nur für gewählte Abgeordnete ermittelt, weil man nur von ihnen eine fundierte Meinung hierzu erwarten kann. Leider reduziert diese Beschränkung die Anzahl der für diese Teilanalyse verfügbaren Interviews beträchtlich (auf gültige N = 216). Die nachfolgende Frageformulierung deckt die in Abbildung 1 dargestellten Antwortdimensionen ab:

Es gibt unterschiedliche Auffassungen davon, wen ein gewählter Abgeordneter in seiner politischen Arbeit repräsentieren soll. Wie ist das bei Ihnen, worauf legen Sie das Hauptaugenmerk?

Alle parteibezogenen Analysen beruhen auf einem ungewichteten Datensatz; für Analysen aller Kandidaten oder von Kandidatengruppen wurde der Datensatz nach den Zweitstimmenanteilen der Parteien bei der Bundestagswahl 2002 gewichtet. Soweit nicht anders vermerkt, werden in Tabellen für die Kandidaten ungewichtete Fallzahlen ausgewiesen.

2.2 FGW-Blitzumfrage und Politbarometer 11/2002

Für unsere Analysen benutzten wir die Daten der FGW-Blitzumfrage (FGW Studien-Nr. 1349) und des Politbarometers 11/2002 (FGW Nr. 1363).⁶ Die verwendeten Agenda-Daten der Umfragen beruhen auf folgenden Fragen, die jeweils unmittelbar zu Beginn der Umfrage gestellt wurden:

Was ist, Ihrer Meinung nach, gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland? Und was ist ein weiteres wichtiges Problem?

Die 35 Pre-Codes sind dem Fragebogen im Anhang zum FGW-Blitz bzw. zum Politbarometer 11/02 zu entnehmen; Informationen zur Passgenauigkeit der wichtigsten Kategorien finden sich unter Tabelle 1. Für die vergleichenden Analysen wurden die jeweils ersten beiden Nennungen der Umfragen kumuliert.

Die Links-Rechts-Selbsteinstufung erfolgte wie bei der Kandidatenumfrage auf einer 11er-Skala, jeweils gegen Ende der FGW-Befragungen.

3. Wahlchancen der Direktkandidaten und Nachwahlstatus

Basierend auf den für den Wahlkreiszuschnitt 2002 umgerechneten Wahlkreisergebnissen aus 1998 haben wir versucht, sichere Wahlkreise zu bestimmen. Ein Wahlkreis gilt dann als sicher, wenn der Abstand eines 1998er Parteikandidaten vor dem Zweitplatzierten mindestens zehn Prozentpunkte

⁶ Diese Daten beruhen auf telefonischen Befragungen von jeweils 1997 bzw. 1962 Wahlberechtigten in Ost und West, die vom 16.09. bis 20.09.2002 und vom 11. bis 14.11.2002 von der Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt wurden. Den Befragungen lag eine mehrstufige Zufallsstichprobe nach dem RLD-Verfahren zugrunde (vgl. Schroth 2003). Es wurde mit nach Geschlecht und Alter gewichteten Datensätzen gearbeitet (bei der FGW-Blitz-Umfrage erfolgte darüber hinaus eine Adjustierung der Wahlabsichtsfrage an das tatsächliche Wahlergebnis). Die Überquotierung Ost wurde beseitigt, so dass die gewichteten Datensätze 1277 bzw. 1268 Fälle aufweisen.

betrug. Dies traf auf 66 Fälle oder 9% unserer Befragten zu. Hiervon wurden wiederum 86% (57 Kandidaten) auch direkt gewählt; kein einziger der verbleibenden neun Befragten zog über die Landesliste in den Bundestag ein.

Bei den Listenplätzen sind wir vom tatsächlichen Wahlergebnis 2002 ausgegangen und haben alle Listenplätze, die Erfolg brachten, ex post facto als aussichtsreich definiert (86 Fälle = 12% der Befragten). Acht (9%) dieser aussichtsreichen Listenplatz-Inhaber gaben nicht an, ob sie tatsächlich gewählt wurden, doch 68 (79%) zogen über die Landeslisten und weitere 10 (12%) über „unsichere“ Wahlkreise in den Bundestag ein. Von den verbleibenden 594 Direktkandidaten, die weder in einem sicheren Wahlkreis kandidierten noch einen aussichtsreichen Listenplatz hatten, kamen 53 (9%) als Wahlkreisgewinner ins Parlament und 38 (6%) über die Landesliste ihrer Partei.

Über die Hälfte der befragten Abgeordneten (135 = 60%) kandidierte demnach in vermeintlich aussichtsreichen Wahlkreisen oder war auf der Liste ihrer Partei gut positioniert. Von den verbleibenden 40% zogen etwas mehr als die Hälfte als Direktkandidaten (ausschließlich SPD und Union) in den Bundestag ein.

Die hier dokumentierten Zusammenhänge zwischen Wahlchancen und Nachwahlstatus machen deutlich, dass unsere Beschränkung der Auswahlsgesamtheit auf die Direktkandidaten die Listenkandidaten nicht ignoriert. Zwar haben wir die ausschließlichen Listenkandidaten (42% aller Listenkandidaten) nicht erfasst. Wir sehen jedoch nicht, worin sich unsichere Listenkandidaten ohne Wahlkreis von solchen, die in einem unsicheren Wahlkreis kandidierten, systematisch unterscheiden sollen. Sichere Listenplatzierungen ohne Wahlkreiskandidatur gibt es dagegen kaum (Arnim 2003).

4. Agenda

4.1 Bürger- und Kandidatenagenda vor und nach der BTW

Wie bei den beiden vorangegangenen Wahlen dominierte auch bei der Bundestagswahl 2002 das Thema Arbeitslosigkeit. Tabelle 1 zeigt, dass die Arbeitslosigkeit unmittelbar vor der Wahl für 82% der befragten Wahlberechtigten entweder das wichtigste oder das zweitwichtigste Problem in Deutschland war. Auf die gesamte Legislaturperiode zurückblickend waren ebenfalls 80% der Befragten der Meinung, die Arbeitslosigkeit habe dominiert (Ergebnisse der CSES II-Nachwahlumfrage).

Zusätzlich zum Problem selbst werden jedoch die Ursachen des Problems stärker hinterfragt als 1998. Dies zeigt sich vor allem am Bedeutungszuwachs des Problems Wirtschaftslage, das 2002 mit 15% der Nennungen (1998: 6%) der Wahlberechtigten am Wahltag zweitwichtigstes Problem war

(vgl. Wüst 2003: 111). Die Ergebnisse des Politbarometers vom November belegen, dass der Wirtschaftslage wenige Wochen nach der Wahl noch einmal größere Bedeutung (17%) zugemessen wird und vor allem die sozialen Sicherungssysteme, eng mit Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit verknüpft, im Vergleich zur Woche vor der Wahl (9%) an Bedeutung gewinnen und zum zweitwichtigsten Problem werden (21%). Auch die Steuerreform erfährt erheblichen Bedeutungszuwachs (von 6% auf 13%), während die Irak-Krise recht schnell aus dem Gedächtnis verschwindet – nur noch wenige (5%) nennen sie im November, obwohl unmittelbar vor der Wahl noch 14,5% dieses Problem als eines der beiden wichtigsten nannten (Problemrang 3). Schließlich ist der Preisanstieg unmittelbar nach der Wahl zum wichtigen Thema geworden, das immerhin 5,5% der Befragten anführen.

Tabelle 1: Die wichtigsten politische Probleme vor und nach der Bundestagswahl 2002 (jeweils zwei Nennungen kumuliert)

	Wahlberechtigte				Kandidaten			
	vor BTW (FGW Blitz)		aktuell (PB 11/02)		retrospektiv		aktuell	
Problem	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang	%
Arbeitslosigkeit	1	82,3	1	73,6	1	77,2	1	74,9
Wirtschaftslage	2	15,0	3	16,8	3	22,4	3	31,1
Irak-Krieg, Krieg/Frieden	3	14,5	8	4,8	2	29,9	5	7,2
Soz. Sicherungssysteme	4	9,3	2	20,7	4	18,6	2	34,3
Ausländer	5	8,7	10	3,6	–	0,0	–	0,0
Bildung/Ausbildung/Schule	6	7,1	9	4,3	8	4,0	6	4,5
Umwelt/Umweltschutz	7	6,6	(12)	2,5	10	3,5	7	4,3
Steuern/Steuerreform	8	6,4	4	12,8	7	4,3	10	3,7
Familie/Familienpolitik	9	5,7	(11)	3,6	(13)	1,7	(15)	0,7
Politikverdrossenheit	10	5,4	5	9,7	(17)	0,3	–	0,0
(T)Euro, Inflation, Preise	(11)	4,0	6	5,5	–	0,0	–	0,0
Flutkatastrophe	(13)	2,2	–	–	5	10,8	–	0,0
Haushalt/Haushaltsdefizit	(14)	1,8	7	5,1	6	7,2	4	10,2
soziale (Un-)Gerechtigkeit	(14)	1,8	(17)	1,3	9	3,5	8	4,2
Demographisches Defizit	–	–	–	–	(15)	1,4	9	4,1
N	1277		1268		746		746	
Gewichtung	Sozialstruktur/ Parteianteile				Partei- stärken			

Die hier und nachfolgend verwendeten Kategorien stimmen überwiegend überein. Kleinere Unterschiede gibt es bei (1) Soziale Sicherungssysteme: für FGW-Blitz und PB wurden Gesundheitssystem/-reform sowie Rente/Rentenreform zusammengefasst, (2) Familie/Familienpolitik: in der FGW-Verkodung fallen hierin auch Jugend sowie Kinder, (3) Demographisches Defizit wurde lediglich bei der Kandidatenstudie als Kategorie gebildet.

Die Rekonstruktion der Agenda zum Zeitpunkt der Wahl durch die Direktkandidaten entspricht im Kern derjenigen der Bürger vor der Wahl. Die vier wichtigsten Themen der Wähler sind auch die vier wichtigsten Themen der Kandidaten. Allerdings wird dem Irak-Krieg retrospektiv mit 30% der Nennungen größere Bedeutung zugemessen, und auch die Ursachen der Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftslage (22%) und der Zustand der sozialen Sicherungssysteme (19%), erfahren größeren Nachdruck. Im Winter überholen die sozialen Sicherungssysteme (34%) in ihrer Bedeutung für die Kandidaten sogar die Wirtschaftslage (31%), während der Irak-Krieg (7%) sich nicht so zügig aus der Agenda verabschiedet wie bei den Bürgern. Die Direktkandidaten messen der Flutkatastrophe (11%) retrospektiv erheblich größere Bedeutung zu als die Bürger (2%), während letztere Ausländer (9%), Bildung (7%) und Umweltschutz (7%) häufiger als wichtiges Problem anführen als die Direktkandidaten. Auch die Berücksichtigung der hier nicht mit einbezogenen dritten Problemnennung aus der Kandidatenumfrage bringt keines dieser durch die Eliten „vernachlässigten“ Themen entscheidend nach vorne. Schließlich zeigt sich, dass die Agenda von Valenz-Issues beherrscht wird, so dass die zusätzliche Berücksichtigung der Positions-Issues über die Links-Rechts-Dimension einen analytischen Gewinn verspricht.

4.2 Parteispezifische Agenden

Die parteispezifische Agenda der Wähler (Tabelle 2; Rangfolge analog der für die Bürger insgesamt wichtigsten Probleme, hohe Anteile schattiert⁷) belegt zunächst, dass der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus Sicht der Bürger bei dieser Wahl unumstritten die Hauptrolle zukam. Die Wirtschaftslage wird vor allem von den Wählern der Regierungsparteien nach der Wahl etwas wichtiger eingeschätzt als unmittelbar vor der Wahl, jedoch insbesondere von den FDP-Wählern jeweils stärker. Der Irak-Krieg ist vor der Wahl vorwiegend Thema für die PDS-Anhänger, während sich alle, aber insbesondere die Grünen-Wähler, nach der Wahl verstärkt um die sozialen Sicherungssysteme sorgen. Die Steuern sind vor der Wahl vor allem für FDP-Wähler, nach der Wahl jedoch auch für Unions- und PDS-Wähler ein wichtiges Problem. Während sich die Grünen-Wähler neben dem Umweltthema vor und nach der Wahl auch um Bildungsfragen sorgen, sind für FDP-Wähler vor und nach der Wahl Ausländer ein Ernst zu nehmendes Problem. Das Thema Flutkatastrophe schließlich ist bereits zum Zeitpunkt der Wahl für die Wähler sämtlicher Parteien erledigt.

⁷ Kriterium: Nennungen übersteigen den Faktor 1,5 bei allen Wahlberechtigten bzw. Direktkandidaten.

Tabelle 2: Die wichtigsten politischen Probleme der Parteiwähler vor der BTW und im November 2002 (jeweils zwei Nennungen kumuliert; in %)

Problem	FGW-Blitz					PB 11/02				
	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS
Arbeitslosigkeit	83	84	79	86	83	79	76	71	70	76
Wirtschaftslage	11	21	12	31	13	16	19	21	31	11
Irak-Krieg, Krieg/Frieden	16	13	18	7	30	7	6	3	2	9
Soz. Sicherungssysteme	14	7	3	10	4	21	22	25	17	16
Ausländer	8	9	9	11	4	3	4	1	11	4
Bildung/Ausbildung/Schule	7	7	16	7	8	5	3	12	2	2
Umwelt/Umweltschutz	6	3	30	2	5	2	1	11	1	3
Steuern/Steuerreform	4	9	1	17	5	9	15	9	10	13
Familie/Familienpolitik	8	4	7	1	3	4	3	4	5	1
Politikverdrossenheit	4	6	5	3	6	6	10	5	8	8
(T)Euro	4	3	7	7	2	5	6	1	0	3
Flutkatastrophe	3	1	3	1	2	0	0	0	0	0
Haushalt/Haushaltsdefizit	2	2	1	4	0	6	6	5	7	3
Soziale (Un)Gerechtigkeit	2	1	1	0	6	0	1	3	2	3
N	526	359	68	49	38	267	555	93	46	32

Tabelle 3: Die wichtigsten politischen Probleme der Direktkandidaten retrospektiv (BTW) und aktuell (Winter 02/03) nach Partei zugehörigkeit (jeweils zwei Nennungen kumuliert; in %)

Problem	retrospektiv					aktuell				
	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS/DKP	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS/DKP
Arbeitslosigkeit	86	73	75	61	76	80	76	62	66	72
Irak-Krieg, Krieg/Frieden	21	38	28	23	47	10	1	11	1	40
Wirtschaftslage	15	34	11	21	5	20	49	15	32	5
Soz. Sicherungssysteme	23	16	13	20	13	37	34	33	31	25
Flutkatastrophe	6	16	11	15	6	0	0	0	0	0
Haushalt/Haushaltsdefizit	12	4	5	5	4	15	6	14	6	4
Steuern/Steuerreform	2	4	2	17	6	1	3	4	21	4
Bildung/Ausbildung/Schule	4	1	8	14	2	5	2	7	13	0
Soziale (Un)Gerechtigkeit	5	2	5	1	11	6	2	5	0	21
Umwelt/Umweltschutz	3	0	22	1	2	3	2	25	1	2
Ausländer	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Familie/Familienpolitik	2	2	2	0	0	1	1	1	0	0
Demographisches Defizit	2	2	1	1	0	6	3	4	1	0
Politikverdrossenheit	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
N	124	121	167	172	127	125	123	170	174	126

Die parteispezifische Agenda der Direktkandidaten (Tabelle 3; Rangfolge analog der insgesamt für die Kandidaten wichtigsten Probleme, hohe Anteile erneut schattiert) zeigt ein hohes Maß an Kongruenz mit den Wähleragenden. Dennoch ergeben sich auch hier einige erwähnenswerte Differenzen: So spielt z.B. das Thema Steuern für Unions-Kandidaten, das Thema Bildung für Grünen-Kandidaten und das Thema Wirtschaftslage für PDS-Kandidaten eine weit weniger wichtige Rolle als für die Wähler der jeweiligen Parteien. Andererseits sind die Kandidatenagenden, vor allem die der FDP, ausdifferenzierter als die Agenden der Wähler. In den hohen Irak-Anteilen der Unionskandidaten und Flutkatastrophen-Nennungen der Unions- und FDP-Kandidaten scheint sich die Befürchtung einer nachträglichen, lagerspezifischen „Erklärung“ des rot-grünen Wahlsiegs zu bestätigen.

4.3 Agenda-Kongruenz zwischen Wählern und Kandidaten nach Nachwahlstatus und Wahlchancen

Wir betrachten nun die Agenda der Wahlberechtigten und der Direktkandidaten in Abhängigkeit von ihrem Nachwahlstatus und ihren Wahlchancen (Tabellen 4 bis 7).⁸ Dabei vergleichen wir die Agenda der Wahlberechtigten und Wähler von Mitte November mit der aktuellen Agenda der Direktkandidaten, die überwiegend im Dezember 2002 ermittelt wurde. Wir umgehen damit das Problem einer möglicherweise systematisch verzerrten Rückerinnerung der Kandidaten und erlauben diesen zugleich, auf die zeitlich leicht vorgelagerte Wähleragenda zu reagieren.

Es zeigt sich zunächst die, bereits aus den Tabellen 2 und 3 bekannte, weitgehende Übereinstimmung zwischen Kandidaten- und Bürgeragenden. Aus dem Vergleich von Wählern und Kandidaten insgesamt (Tabelle 4) sowie aus parteispezifischen Vergleichen (Tabelle 5)⁹ ergeben sich jedoch zwei weitere Ergebnisse. Erstens erkennen wir, dass die Agenda der gewählten Abgeordneten stärker von derjenigen der Wahlberechtigten abweicht als die der nicht gewählten Kandidaten. Zweitens stimmt die Agenda der Wahlkreisabgeordneten etwas besser mit der Bürger-Agenda überein als die der Listenabgeordneten. Dies bestätigt Ergebnisse einer amerikanischen Repräsentationsstudie, wonach die lokale Auswahl von politischen Eliten der Issue-Kongruenz mit der Wählern durchaus zuträglich ist (Miller 1988).

⁸ Wir vergleichen die relative Übereinstimmung von verschiedenen Verteilungen von Problemnennungen. Zusammenfassende Aussagen stützen wir auf Duncans' Dissimilaritätsindex (Duncan/Duncan 1955). Da es sich bei der Kandidatenumfrage um eine Vollerhebung handelt, verzichten wir auf die Berechnung von statistischen Signifikanzen.

⁹ Hier wurden anstatt der zehn wichtigsten Themen insgesamt die zehn für die jeweiligen Parteielektorate wichtigsten Probleme zugrunde gelegt.

Tabelle 4: Stellenwert der zehn wichtigsten Probleme für die Wahlberechtigten (in %) und die Direktkandidaten nach dem Nachwahlstatus (als Prozentdifferenz zu den Wahlberechtigten)

Problem	Wahlberechtigte	Direktkandidaten ¹			
	PB 11/02	alle	WK-Abg.	Listen-Abg.	erfolgreiche
Arbeitslosigkeit	73,6	1,3	1,6	-2,9	3,2
Soz. Sicherungssysteme	20,7	13,6	13,5	19,5	10,8
Wirtschaftslage	16,8	14,3	17,7	20,8	8,3
Steuern/Steuerreform	12,8	-9,1	-11,1	-8,6	-7,5
Politikverdrossenheit	9,7	-9,7	-9,7	-9,7	-9,7
(T)Euro	5,5	-5,5	-5,5	-5,5	-5,5
Haushaltslage	5,1	5,1	6,7	4,1	4,0
Irak-Krieg, Krieg/Frieden	4,8	2,4	2,9	-1,4	3,8
Bildung/Ausbildung/Schule	4,3	0,2	-0,9	-2,1	2,4
Ausländer	3,6	-3,6	-3,6	-3,6	-3,6
Duncan-Indexwerte ²		32	37	39	29
N (ungewichtet)	1268	746	120	106	520

¹ nach Parteiateilen gewichtet.

² Es handelt sich um einen Unähnlichkeits-Index, der zwischen 0 (=Vergleich zweier identischer Verteilungen) und 100 (=Vergleich zweier vollständig unterschiedlicher Verteilungen) variiert. Verglichen wurde die jeweiligen Kandidatenverteilung mit derjenigen der Wahlberechtigten.

Die Differenzen zu den nicht gewählten Kandidaten sind vor allem bei den beiden wichtigsten Themen groß, wobei v.a. die Wirtschaftslage, aber auch die sozialen Sicherungssysteme (wenn man so will: vorausschauend) von den Kandidaten als wichtiger erachtet wird, während für die Listenabgeordneten vor allem das Thema Arbeitslosigkeit weniger wichtig ist als für die Bürger insgesamt. Auch dieses Ergebnis trifft auf sämtliche Parteien zu (nicht einzeln dargestellt).

Tabelle 5 macht deutlich, dass sich die Agenda der Listenabgeordneten der einzelnen Parteien stärker von derjenigen der Wähler unterscheidet als die Agenda der direkt gewählten und die der nicht gewählten Kandidaten. Dies mag darauf hindeuten, dass Wahlsysteme mit starren Listen auch die Möglichkeit bieten, sichere Listenplätze an mitunter wenig responsive Experten zu vergeben, auf die man im parlamentarischen Alltag ungern verzichten möchte (Nohlen 2000: 93). Der Repräsentationsgedanke rückt in solchen Fällen hinter das Nutzenkalkül der Parteiführungen an die zweite Stelle (Reynolds 2000: 65). In jedem Fall führt die Listenwahl-Komponente des deutschen Wahlsystems zu etwas stärkeren Agenda-Abweichungen als die Direktwahl-Komponente. Wahlkreisabgeordnete scheinen „das Ohr näher an den Bürgern“ zu haben als Listenabgeordnete.

Tabelle 5: Agenda-Kongruenz zwischen Direktkandidaten und ihren Wählern nach Nachwahlstatus (Duncan-Indexwerte)

	Kandidaten	Wahlkreis- Abgeordnete	Listen- Abgeordnete	nicht gewählt
Union	41	43	45	40
SPD	27	29	31	35
Grüne	37	–	38	35
FDP	29	–	41	28
PDS	39	– ¹	–	–

¹ Zur Wahrung der Anonymität keine Angaben.

Wenn wir vom Nachwahlstatus zu den Wahlchancen als einer weiteren Determinante von Issue-Kongruenz übergehen, dann erfahren unsere bisherigen Ergebnisse eine wichtige und auf dem Hintergrund früherer Arbeiten nicht unerwartete Ergänzung (Tabellen 6 und 7). Das zentrale Ergebnis ist, dass elektorale Unsicherheit Kandidaten ganz offensichtlich responsiver gegenüber der Wähleragenda macht.

Tabelle 6: Stellenwert der zehn wichtigsten Probleme für die Wahlberechtigten (in %) und die Direktkandidaten nach ihren Wahlchancen (als Prozentdifferenz zu den Wahlberechtigten)

	Wahlbe- rechtigte	Direktkandidaten ¹			
		PB 11/02	Alle	WK sicher	nur Liste sicher
Problem					
Arbeitslosigkeit	73,6	1,3	2,6	0,7	1,2
Soz. Sicherungssysteme	20,7	13,6	15,8	27,8	8,3
Wirtschaftslage	16,8	14,3	21,5	12,8	12,5
Steuern/Steuerreform	12,8	-9,1	-11,2	-8,6	-8,5
Politikverdrossenheit	9,7	-9,7	-9,7	-9,7	-9,7
(T)Euro	5,5	-5,5	-5,5	-5,5	-5,5
Haushaltslage	5,1	5,1	8,9	2,5	4,6
Irak-Krieg, Krieg/Frieden	4,8	2,4	0,0	-0,4	4,0
Bildung/Ausbildung/Schule	4,3	0,2	-2,7	0,7	1,0
Ausländer	3,6	-3,6	-3,6	-3,6	-3,6
Duncan-Indexwerte		32	41	36	29
N (ungewichtet)	1268	746	66	86	594

¹ nach Parteiateilen gewichtet.

Man kann dies in Anlehnung an Stinchcombe (1975) mit den Kosten von „added partisan attachments“ erklären – Kosten, die Parteien und ihre Kandidaten nur akzeptieren, wenn dies für einen möglichen Wahlerfolg notwendig erscheint (vgl. Schmitt 1987). Auch die Deutsche Kandidatenstudie des Jahres 2002 zeigt, dass die Agenda-Übereinstimmung zwischen Kandidaten und Wählern größer ist, wenn letztere sich um das Mandat bemühen müssen und nicht schon vor der Wahl sicher sein können, ins Parlament einzuziehen.¹⁰ Die Effekte sind insgesamt deutlicher als beim Nachwahlstatus.

Tabelle 7: Agenda-Kongruenz zwischen Direktkandidaten und ihren Wählern nach Wahlchancen (Duncan-Indexwerte)

	sicherer WK	WK unsicher/ Liste sicher	WK und Liste unsicher
Union	51	49	38
SPD	35	32	26
Grüne	–	36	37
FDP	–	46	28
PDS	– ¹	–	–

¹ Zur Wahrung der Anonymität keine Angaben.

Obwohl nicht unerwartet, ist das Ergebnis in seiner Deutlichkeit doch überraschend. Nur die Grünen machen eine Ausnahme. Für alle anderen gilt: die Agenda der Kandidaten in unsicherer Position ist der Wähleragenda deutlich ähnlicher als die von Kandidaten in sicheren Wahlkreisen und/oder auf sicherer Listenposition.

5. Links-Rechts-Orientierungen

5.1 Links-Rechts-Orientierungen als generalisierte Positions-Issues

Die Übereinstimmung zwischen Wählern und Kandidaten in der politischen Problemwahrnehmung ist ein zentrales Element der Repräsentationsfunktion. Es ist allerdings nicht das einzige. In der ökonomisch inspirierten Familie der räumlichen Modelle der Parteienkonkurrenz (vgl. grundlegend Downs 1957) kommt es gar nicht vor. Dort geht es zentral um Policy-Dimensionen und die Positionen, die politische Akteure auf diesen einnehmen.

¹⁰ Man kann dies auch so verstehen, dass die Führungskomponente im Repräsentationsprozess bei aussichtsreichen Kandidaten ausgeprägter ist.

Wir verlassen deshalb nun die Frage nach der Übereinstimmung der politischen Agenden von Wählern und Direktkandidaten und betrachten die relative Übereinstimmung dieser Partei-Dyaden angesichts von Positions-Issues. Um den Effekt der unterschiedlichen Erhebungsphasen der verfügbaren Wählerstudien und der Kandidatenstudie zu minimieren, aber auch weil vergleichbare spezifische Issue-Positionen auf den beiden Vergleichsebenen dünn gesät sind, werden wir in diesem Analyseschritt das Links-Rechts-„Super-Issue“ (Inglehart 1984) heranziehen. Wir gehen dabei davon aus, dass der politische Code, der mit den Begriffen „links“ und „rechts“ verknüpft ist, individuelle Positionen in einer Vielzahl von spezifischen Policy-Dimensionen zusammenfasst und die Links-Rechts-Dimension insofern als generalisiertes Positions-Issue angesehen werden kann (Fuchs/Klingemann 1989). Dies verkennt nicht, dass Links-Rechts-Orientierungen auf der Wählerseite auch eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Parteibasis haben (Inglehart/Klingemann 1976). Aber dies unterscheidet Links-Rechts-Orientierungen nicht grundsätzlich von anderen, „einfachen“ Positions-Issues. Auch dort führt dieselbe Parteilichkeit gelegentlich zur Adaption einer „eigenen“ Policy-Präferenz an die wahrgenommene Policy-Position der aus anderen Gründen präferierten Partei (vgl. z.B. Holmberg 1989).

5.2 Die Unterschiede in den Links-Rechts-Positionen von Wählern und Direktkandidaten

Politische Repräsentationsstudien zeigen in aller Regel, dass sich Abgeordnete tendenziell links von ihren Wählern einsortieren. Daraus ist geschlossen worden, dass politische Eliten „liberaler“ sind als ihre Wähler (Schmitt 2001 mit weiterführender Literatur). Der Vergleich der Ergebnisse unserer Kandidatenstudie mit den Wählerdaten (Politbarometer vom November 2002) belegt dies nur für die linken Parteien.

Wenn wir die Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala messtheoretisch-konservativ nicht als metrisch betrachten, können wir fünf distinkte ideologische Kategorien unterscheiden: weit links, links, die Mitte, rechts, und weit rechts.¹¹ SPD-Kandidaten sortieren sich mehrheitlich „links“ ein, während ihre Wähler mehrheitlich aus „der Mitte“ kommen. Dies gilt auch für die Grünen, wobei sich hier schon die Wähler in nennenswerten Anteilen „links“ platzieren und sich immerhin einer von zehn Kandidaten „weit links“ zuhause fühlt. Bei der PDS ist die ideologische Distanz zwischen Wählern und Kandidaten am größten: knapp drei Viertel der Kandidaten stehen „weit links“, während die Hälfte ihrer Wähler ideologisch in der „Mitte“ zuhause ist.

¹¹ Diese Analysestrategie wurde gewählt, da sie einen direkten Vergleich mit den Ergebnissen der Agenda-Übereinstimmung zwischen Wählern und Kandidaten ermöglicht.

Tabelle 8: Links-Rechts-Positionen von Parteiwählern und Direktkandidaten (gruppierte Spaltenprozentwerte)

	Partei- Wähler	Partei- Kand.	direkt gewählt	über L. gewählt	nicht gewählt	sicherer WK	sicherer L.-Platz	weder noch
SPD								
weit links	7	7	5	8	11	4	7	9
links	23	53	55	44	56	52	54	58
Mitte	67	37	37	44	33	41	49	30
rechts	2	2	3	2	0	2	0	3
weit rechts	1	0	0	0	0	0	0	0
Union								
weit links	2	0	0	0	0	0	0	0
links	7	3	2	0	7	0	0	5
Mitte	70	56	47	76	47	61	61	51
rechts	17	38	47	22	43	39	33	41
weit rechts	4	3	4	2	3	0	7	3
Grüne								
weit links	5	10		0	11		0	11
links	44	65		75	63		75	63
Mitte	50	26		25	26		25	26
rechts	1	0		0	0		0	0
weit rechts	0	0		0	0		0	0
FDP								
weit links	0	0		0	0		0	0
links	7	4		0	4		0	4
Mitte	64	86		100	85		100	85
rechts	25	10		0	11		0	11
weit rechts	4	0		0	0		0	0
PDS								
weit links	23	71						
links	26	29						
Mitte	48	0						
rechts	3	0						
weit rechts	0	0						

Diese Verlagerung der Kandidaten nach links ist jedoch kein generelles Phänomen. Bei der FDP-Kandidaten ist die Mitte noch viel stärker besetzt (86%) als bei den FDP-Wählern. Und bei der CDU/CSU finden wir das SPD-Bild nach „rechts“ gewendet: Im Vergleich zu den Wählern ist die Mitte bei den Kandidaten etwas weniger stark besetzt, dafür steht einer von dreien „rechts“. Die extreme Rechte – unsere Kategorie „weit rechts“ – spielt bei den Wählern und Kandidaten der hier untersuchten fünf Bundestagsparteien gleichermaßen keine Rolle (vgl. Tabelle 8).

5.3 Die Übereinstimmung in den Links-Rechts-Orientierungen von Wählern und Direktkandidaten

Es passt in dieses Bild, dass die ideologischen Unterschiede auf der Links-Rechts-Dimension zwischen Direktkandidaten und Wählern der Parteien bei der Bundestagswahl 2002 links außen, bei der PDS, relativ groß sind, um nach der Mitte hin abzuschmelzen. Von der PDS einmal abgesehen ist die Links-Rechts-Übereinstimmung zwischen Wählern und Kandidaten im Durchschnitt recht groß (Duncan-Werte um oder unter 30; vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9: Ideologische Kongruenz zwischen Direktkandidaten und ihren Wählern nach Nachwahlstatus (Duncan-Indexwerte)

	alle Kandidaten	WK-Abg.	Listen-Abg.	nicht gewählt
PDS	51	– ¹	–	–
Grüne	26	–	32	25
SPD	31	33	23	37
FDP	23	–	26	21
Union	22	30	10	26

¹ Zur Wahrung der Anonymität keine Angaben.

Tabelle 10: Ideologische Kongruenz zwischen Direktkandidaten und ihren Wählern nach Wahlchancen (Duncan-Indexwerte)

	alle Kandidaten	WK sicher	nur Liste sicher	WK/Liste unsicher
PDS	51	– ¹	–	–
Grüne	26	–	31	25
SPD	31	30	26	38
FDP	23	–	36	19
Union	22	22	19	24

¹ Zur Wahrung der Anonymität keine Angaben.

Wenn wir nun die Direktkandidaten nach ihrem Nachwahlstatus differenzieren, ergibt sich ein anderes Bild als bei der Agenda-Übereinstimmung. Bei der ideologischen Übereinstimmung auf der Links-Rechts-Dimension stehen nicht die direkt gewählten Wahlkreis-Abgeordneten, sondern die Listenabgeordneten ihrer jeweiligen Wählerschaft am nächsten. Anders als bei der Agenda können wir hier nicht nur von Tendenzen reden, die Unterschiede fallen durchaus substantiell aus: das ideologische Selbstverständnis der Li-

stenabgeordneten liegt näher an dem ihrer nationalen Parteiwählerschaft als das der Wahlkreisabgeordneten. Was die ideologische Positionierung der nicht gewählten Kandidaten angeht, ist das Bild uneinheitlich: Bei den kleinen Parteien stehen sie den Wählern näher als die Listenabgeordneten, bei den beiden großen Parteien sind sie weiter weg. Hinsichtlich der Wahlchancen ergibt sich weitgehend das selbe Bild (Tabelle 10).

6. Nachwahlstatus und Repräsentationsfokus

Wir haben eingangs argumentiert, dass die Wahlchancen und der Nachwahlstatus der Direktkandidaten die Qualität politischer Repräsentation beeinflusst. Dies geschehe auf zwei Wegen: direkt und indirekt, über einen Zusammenhang zwischen Nachwahlstatus und Repräsentationsfokus. Unsere Analysen haben bisher einen recht deutlichen direkten Effekt zwischen Chancen und Nachwahlstatus und der Issue-Kongruenz ergeben. Hier wollen wir dem Zusammenhang zwischen Wahlstatus und Repräsentationsfokus empirisch nachgehen.

Tabelle 11: Der Zusammenhang zwischen Nachwahlstatus und Repräsentationsfokus (Zeilenprozentwerte und Fallzahlen)

Nachwahlstatus	Repräsentationsfokus				N
	eigene Wähler im Wahlkreis	alle Wähler im Wahlkreis	die Wähler der Partei	das ganze Volk	
<i>direkt gewählt</i>	10	58	3	29	116
<i>über Liste gewählt</i>	4	34	19	43	100
alle Abgeordneten	7	47	10	36	216

Cramers V = 0,35.

Tabelle 11 zeigt zunächst, dass die gewählten Abgeordneten – nur sie wurden nach ihrem Repräsentationsfokus befragt – je etwa zur Hälfte einen lokalen und einen nationalen Repräsentationsfokus angeben. Die weit überwiegende Mehrheit sucht jeweils alle Wähler zu repräsentieren, nur etwas weniger als ein Fünftel nennt hier die eigenen Wähler oder die ihrer Partei. Die konditionale Verteilung in Tabelle 11 weist einen recht deutlichen Zusammenhang zwischen diesen beiden Variablen aus. Direkt gewählte Abgeordnete nehmen häufiger einen lokalen Repräsentationsfokus an, während sich umgekehrt Listenabgeordnete in ihren Repräsentationsbemühungen stärker national orientieren. 68% der Wahlkreisabgeordneten wollen vor allem die eigenen Wähler oder alle Wähler im Wahlkreis vertreten; 62% der Listen-

abgeordneten wollen primär die Wähler der eigenen Partei oder das ganze Volk repräsentieren.

Man kann hieraus schließen, dass die Festlegung in Art. 38 Abs. 1 GG (es soll das Volk vertreten werden) nur bedingt von der politischen Klasse verinnerlicht wurde – das Sein scheint das Bewusstsein zumindest mitzubestimmen. Die tatsächlich erlebten Repräsentationsbeziehungen, aber auch die Erfahrung der Wahlauseinandersetzungen in der Partei bzw. im Wahlkreis, nehmen ganz offensichtlich einen Einfluss darauf, wer repräsentiert werden soll.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Wir haben in unserer Analyse zunächst die politische Agenda vor und kurz nach der Bundestagswahl 2002 charakterisiert und deutlich unterschiedliche Akzente zwischen den Parteien, aber auch zwischen den Ebenen politischer Beteiligung – den Wählern auf der einen und den Kandidaten auf der anderen Seite – gefunden. Danach haben wir die Qualität politischer Repräsentation für die Wähler-Kandidaten-Dyaden der im Bundestag vertretenen Parteien überprüft. Dies haben wir sowohl für die Übereinstimmung der politischen Problemwahrnehmung (Agenda) als auch für die Übereinstimmung hinsichtlich generalisierter Issue-Positionen, wie sie über die Links-Rechts-Dimension dargestellt werden, getan. Auf der Kandidatenseite berücksichtigten wir zudem die unterschiedlichen Wahlchancen und den Nachwahlstatus der Befragten. Abschließend haben wir den Zusammenhang zwischen Nachwahlstatus und Repräsentationsfokus skizziert.

Die zentralen Ergebnisse unserer Analyse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- (1) Kandidaten, die weder im Wahlkreis noch auf der Parteiliste abgesichert sind, stimmen in der Wahrnehmung der Wichtigkeit politischer Probleme deutlich besser mit den Wähler überein als andere.
- (2) Die politische Agenda der Wahlkreisabgeordneten stimmt etwas besser mit der politischen Problemwahrnehmung der Wähler überein als die Agenda der Listenabgeordneten.
- (3) Listenabgeordnete liegen deutlich näher an den ideologisch fundierten, generalisierten Issue-Positionen ihrer Parteiwähler als direkt gewählte Abgeordnete.
- (4) Direktkandidaten, die weder ihren Wahlkreis gewonnen haben noch über eine Parteiliste in den Bundestag einziehen konnten, weisen zwar

einerseits die höchste Agenda-Kongruenz auf, andererseits aber eine größere Links-Rechts-Distanz zu den Wählern ihrer jeweiligen Parteien als die Listenabgeordneten.

(5) Der Nachwahlstatus zeigt eine deutliche Verknüpfung mit dem Repräsentationsfokus der befragten Kandidaten in dem Sinne, dass direkt gewählte Abgeordnete vermehrt einen lokalen und Listenabgeordnete vermehrt einen nationalen Fokus nennen.

Man kann diese Ergebnisse so lesen, als ob es systematisch verschiedene Auswahlkriterien in den Wahlkreisen und in den Delegiertenversammlungen der politischen Parteien gäbe. Die Wähler scheinen überwiegend Kandidaten zu wählen, die ihre Probleme kennen (und überzeugende Lösungsmöglichkeiten anbieten).¹² Delegierte der Parteien (und Parteiführungen) scheinen diejenigen Kandidaten auf ihren Listen zu platzieren, die der politischen Linie der Partei am Ehesten entsprechen und diese Parteilinie am Überzeugendsten vertreten. Weitere Erklärungen mögen hinzukommen, aber diese Mechanismen der (Aus)Wahl sollten die dargestellten, unterschiedlichen Repräsentationsprofile bei der politischen Agenda und der Links-Rechts-Dimension verstehen helfen.

Im Hinblick auf politische Repräsentation und Issue-Voting unterstreicht dies, dass die ausschließliche Analyse von Positions-Issues unzureichend ist. Die Salienz der Valenz-Issues darf nicht vernachlässigt werden. Es erscheint uns deshalb notwendig, dass Repräsentationsanalysen nicht nur der vorherrschenden ökonomischen Sicht räumlicher Modelle der Parteienkonkurrenz folgen, sondern auch die etwas „sperrigeren“ Agenda-Übereinstimmungen berücksichtigen und in ihr analytisches Repertoire aufnehmen.

Unsere Analyse deutet auch auf die offensichtlichen Grenzen der modernen, „nationalen“ Repräsentationsperspektive. Was im Wahlkreis passiert (oder nicht passiert), ist wichtig für die Qualität politischer Repräsentation im Parlament. Dies hat man bei der im Prinzip berechtigten Abkehr von Modellen der individuellen Repräsentation vielleicht vernachlässigt. Die Unterscheidung zwischen direkt gewählten und Listenabgeordneten, die im personalisierten Verhältniswahlrecht der Bundesrepublik möglich ist unter Konstanthaltung sonstiger politischer Rahmenbedingungen, führte uns zu diesem Eindruck. Jüngere international-vergleichende Arbeiten (Essaiasson/Heidar 2000) scheinen dies zu bestätigen. Und auch eine jüngere Analyse aus dem vielleicht proportionalsten Wahlsystem Europas, dem der Niederlande, weist auf die Vernachlässigung der lokalen Repräsentationsfunktion hin (Thomassen/Andeweg 2003).

¹² Vgl. Schmitt (2001) zur Issue-Kompetenz als Mechanismus, der die Verbindung zwischen Agenda-Übereinstimmung von Wählern und Kandidaten und dem eigentlichen Wahlverhalten herstellt.

Schließlich entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet das bezüglich der Stimmenverrechnung so komplizierte deutsche Wahlsystem offenbar in der Lage ist, zwei verschiedene Repräsentationsmechanismen in einem Wahlgang gut zusammen zu führen. Insofern ist man geneigt, Shugart und Wattenbergs (2001) Frage, ob „mixed-member electoral systems“ tatsächlich „the best of both worlds“ seien, im Hinblick auf die für Wahlsysteme so wichtige Repräsentationsfunktion – zumindest für den deutschen Fall – mit einem vorsichtigen „Ja“ zu beantworten.

Literatur

- Arnim, Hans Herbert von: Wahl ohne Auswahl: Die Parteien und nicht die Bürger bestimmen die Abgeordneten. In: Wüst, Andreas M. (Hrsg.), *Politbarometer*. Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 125-142.
- Barnes, Samuel H.: *Representation in Italy*. Chicago: University of Chicago Press, 1976.
- Behnke, Joachim: Lassen sich Signifikanztests auf Vollerhebungen anwenden? Einige Anmerkungen. Bamberg: unveröff. Manuskript, 2003 (<http://www.uni-bamberg.de/sowi/poltheory/meth/papers/signif.pdf>).
- Converse, Philip E./Pierce, Roy: *Political Representation in France*. Cambridge/Mass.: Belknap, 1986.
- Dahl, Robert A.: *Democracy and its Critics*. New Haven: Yale UP, 1989.
- Dalton, Russell J.: Political Parties and Political Representation. Party Supporters and Party Elites in Nine Nations. In: *Comparative Political Studies* 18 (1985), S. 267-299.
- Downs, Anthony: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper Collins, 1957.
- Duncan, Otis Dudley/Duncan, Beverly: A methodological analysis of segregation indexes. In: *American Sociological Review* 20.2 (1955), S. 210-217.
- Finer, Samuel E.: The Contemporary Context of Representation, In: Bogdanor, Vernon (Hrsg.): *Representatives of the People?* Aldershot: Ashgate, 1985, S. 286-292.
- Esaiasson, Peter/Heidar, Knut: *Beyond Westminster and Congress. The Nordic Experience*. Columbus: Ohio State UP, 2000.
- Esaiasson, Peter/Holmberg, Sören: *Representation from Above*. Aldershot: Dartmouth, 1996.
- Eulau, Heinz/Karps, Paul D.: The Puzzle of Representation: Specifying Components of Responsiveness. In: Eulau, Heinz/Wahlke, John: *The Politics of Representation*. Beverly Hills: Sage, 1978, S. 55-71.
- Eulau, Heinz/Wahlke, John: *The Politics of Representation*. Beverly Hills: Sage, 1978.

- Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter: The Left-Right Schema. In: Jennings, M. Kent/Deth, Jan W. van (Hrsg.): *Continuities in Political Action*. Berlin: de Gruyter, 1989, S. 203-234.
- Hesselberger, Dieter: *Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, ¹²2001.
- Holmberg, Sören: *Riksdagen Representerar Svenska Folket*. Lund: Studentlitteratur, 1974.
- . *Political Representation in Sweden*. In: *Scandinavian Political Studies* 12 (1989), S. 1-36.
- Inglehart, Ronald: The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society. In: Dalton, Russell J./Flanagan, Scott/Beck, Paul A. (Hrsg.): *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*. Princeton: Princeton UP, 1984, S. 25-69.
- Inglehart, Ronald/Klingemann, Hans-Dieter: Party Identification, Ideological Preference and the Left-Right Dimension Among Western Mass Publics. In: Budge, Ian/Crewe, Ivor/Farlie, Dennis (Hrsg.): *Party Identification and Beyond*. London: Wiley, 1976, S. 243-273.
- Kielhorn, Achim: *Rollenorientierungen von Abgeordneten in Europa*. Berlin: FU Berlin (Diss.), 2001.
- Miller, Warren E.: *Without Consent. Mass Elite Linkages in Presidential Politics*. Lexington: UP of Kentucky, 1988.
- Miller, Warren E./Pierce, Roy/Thomassen, Jacques/Herrera, Richard/Holmberg, Sören/Esaiasson, Peter: *Policy Representation in Western Democracies*. Oxford: Oxford UP, 1999.
- Miller, Warren E./Stokes, Donald E.: Constituency Influence in Congress. In: *American Political Science Review* 57 (1963), S. 45-56.
- Nohlen, Dieter: *Wahlrecht und Parteiensystem*. Opladen: Leske + Budrich, ³2000.
- Reynolds, Andrew: Designing Electoral Systems. In: Rose, Richard (Hrsg.): *International Encyclopedia of Elections*, Washington D.C.: CQPress, 2000, S. 58-66.
- Riker, William H.: *Liberalism Against Populism*. Prospect Heights: Waveland Press, 1982.
- Schmitt, Hermann: *Neue Politik in alten Parteien*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987.
- . *Politische Repräsentation in Europa*. Frankfurt am Main: Campus, 2001.
- Schroth, Yvonne: Die Stichprobe. In: Wüst, Andreas M. (Hrsg.): *Politbarometer*. Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 37-50.
- Shugart, Matthew S./Wattenberg, Martin P. (Hrsg.): *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?* Oxford: Oxford UP, 2001.
- Stinchcombe, Arthur L.: Social Structure and Politics. In: Polsby, Nelson/ Greenstein, Fred (Hrsg.): *Handbook of Political Science*, Vol. 3. Reading, MA.: Addison Wesley, 1975, S. 557-622.
- Stokes, Donald: Spatial Models of Party Competition, in: Campbell, Angus (Hrsg.): *Elections and the Political Order*. New York: Wiley, 1966, S. 161-179.

- Thomassen, Jacques: *Kiezers en Gekozenen in en Representative Democratie*. Alphen aan den Rijn: Samsom, 1976.
- . *Empirical Research Into Political Representation. A Critical Reappraisal*. In: Klingemann, Hans-Dieter/Stöss, Richard/Wessels, Bernhard (Hrsg.): *Politische Klasse und politische Institutionen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1991, S. 259-274.
- . *Empirical Research Into Political Representation. Failing Democracy or Failing Models*. In: Jennings, M. Kent/Mann, Thomas E. (Hrsg.): *Elections at Home and Abroad*. Ann Arbor: University of Michigan Press, S. 237-264.
- Thomassen, Jacques/Andeweg, Rudy (2003): *Beyond Collective Representation. A Residual Role for Individual Members of Parliament?* Edinburgh: ECPR Joint Sessions (Working Paper), 2003.
- Weßels, Bernhard: *Abgeordnete und Bürger. Parteien und Wahlkreiskommunikation als Faktoren politischer Repräsentation*. In: Klingemann, Hans-Dieter/Stöss, Richard/Wessels, Bernhard (Hrsg.): *Politische Klasse und politische Institutionen*. Opladen: WDV, 1991, S. 325-356.
- Wüst, Andreas M.: *Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften als Telefonumfrage*. ZUMA-Arbeitsbericht 98/04. Mannheim: ZUMA, 1998.
- . *Wahlverhalten in Theorie und Praxis: Die Bundestagswahlen 1998 und 2002*. In: Hübner, Emil/Oberreuter, Heinrich (Koord.): *Parteien und Wahlen in Deutschland*. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2003, S. 90-117.